

Für den Klimaschutzmanager keine Stabsstelle

Wolf-Dieter Bojus



Der Klimaschutzmanager kommt. Dies jedenfalls hat der Rottweiler Gemeinderat heute beschlossen. Zumindest aber wird der Zuschuss für die Stelle beantragt, damit sie ausgeschrieben werden kann.

Wie berichtet, war im UBV-Ausschuss über den entsprechenden Antrag von Grünen und Stadtverwaltung ausgiebig diskutiert worden. Es wurden Argumente ausgetauscht, die von der anderen Seite auch gehört und gewürdigt wurden. Vom „Wir wissen selbst, wo uns der Schuh drückt“ rückte die eine Seite wieder ab. Und dass es für den Job einen Fachmann braucht und nicht einen mit Schnellbleiche ausgebildeten Klimaschutzmanager, dies leuchtete auch der andere Seite ein. Oder, wie Dr. Peter Schellenberg in den Raum stellte: „Ein Kümmerer, der nur Kummer macht, bringt uns auch nichts.“ Ruf machte den Rat aber darauf aufmerksam, dass die Erarbeitung eines Klimaschutz-Konzepts Voraussetzung für den staatlichen Zuschuss sei.

So war man sich im Rat einig: Es braucht einen. Und zwar einen, der dem geforderten Stellenprofil „Architekt, Bauingenieur, Stadtplaner oder vergleichbares“ entspricht. Darüber waren sich bei der Abstimmung im Rat alle einig.

Fraglich war nur, wo der (oder die) Neue angesiedelt werden soll: In einer eigenen Stabsstelle, direkt dem Oberbürgermeister angegliedert, war der Vorschlag des künftigen OB Dr. Christian Ruf. Stabsstellen, das beispielsweise die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das Rechnungsprüfungsamt und die Referentin für Bürgerschaftliches Engagement mit der Geschäftsstelle der Lokalen Agenda. Oder aber, wie die FDP beantragt hatte, dem Fachbereich fünf, Gebäudemanagement. Letzterem schlossen sich bei der Abstimmung auch Freie Wähler und CDU an, die zusammen auf 14 Stimmen kamen. Rufs Vorschlag der Stabsstelle schlossen sich nur SPD/FfR und Grüne an, zusammen zehn Stimmen.

Einig wiederum waren sich alle, dass zunächst der staatliche Zuschuss für die Stelle beantragt werden solle. Zwei Jahre lang würde es dann 70 Prozent der Kosten geben. Eine Ausschreibung der Stelle solle erst erfolgen, wenn der Zuschuss genehmigt sei.

Aufmerksam verfolgt wurde die Diskussion von etlichen Mitwirkenden der Lokalen Agenda.